

sen. Sie muss jedoch vorgenommen werden, um zu vermeiden, dass für den Schweizer Markt Sondermodelle hergestellt werden müssen.

2. Die Aenderung des Motorfahrzeug-Haftpflichtrechts in Artikel 63 Absatz 3 Buchstabe a ist aufgrund einer Eingabe des Vororts einer näheren Prüfung anlässlich eines Hearings mit Vertretern der schweizerischen Motorfahrzeug-Haftpflichtversicherer unterzogen worden. Dabei hat sich gezeigt, dass die Haftpflicht gemäss Artikel 58 SVG insofern weitergeht als der Acquis communautaire, als auch die Schäden, die von einem Lenker, der mit dem Halter nicht identisch ist, gedeckt werden müssen. Das EG-Recht sieht jedoch keine Deckung der Haftpflicht des Lenkers vor. Hingegen sollen gemäss Artikel 63 Absatz 3 Buchstabe a Schäden des mitfahrenden Halters gedeckt werden. Die letztere Regelung entspricht zwar dem EG-Recht. Zusammen mit Artikel 58 geht jedoch die Haftpflicht nach schweizerischem Recht über diejenige nach EG-Recht hinaus.

Die Kommission stimmt daher dem Beschluss des Ständerates zu, das Motorfahrzeug-Haftpflichtrecht umfassend neu zu regeln und begrüsst das diesbezügliche Postulat des Ständerates. Artikel 63 Absatz 3 und die dazugehörenden Uebergangsbestimmungen werden somit von der Vorlage abgetrennt. Der Rest der Vorlage ist unbestritten.

M. Wanner présente au nom de la commission le rapport écrit suivant:

1. Le projet de loi Eurolex relatif à la LCR a pu être repris avec deux modifications:

A l'article 9 alinéa 6 une base légale devra être créée afin d'autoriser un poids maximal de 28 tonnes pour les autocars à trois essieux et pour les voitures automobiles à plus de trois essieux. Cette adaptation a été oubliée dans Eurolex. Elle doit pourtant être effectuée, afin d'éviter l'imposition de la fabrication de modèles spéciaux destinés au marché suisse.

2. La modification des prescriptions légales en matière de responsabilité civile à l'article 63 alinéa 3 lettre a est devenue sans objet en raison d'une requête, déposée par le Vorort, demandant un réexamen à l'occasion d'une audition en présence de représentants des assureurs suisses en responsabilité civile des véhicules à moteur. Il s'est alors avéré que la responsabilité civile selon l'article 58 LCR va plus loin que l'acquis communautaire dans la mesure où les dommages causés par un conducteur autre que le détenteur du véhicule doivent être couverts. Le droit de la CE ne prévoit cependant aucune couverture de la responsabilité civile du conducteur. Par contre, les dommages subis par le détenteur du véhicule comme passager sont couverts en vertu de l'article 63 alinéa 3 lettre a. Cette disposition correspond certes au droit de la CE, mais avec l'article 58, la responsabilité civile selon le droit suisse va au-delà de celle prévue par le droit de la CE.

En conséquence, la commission adhère à la décision du Conseil des Etats de réviser en détail les dispositions afférentes à la responsabilité civile des véhicules à moteur et accueille avec satisfaction le postulat y relatif du Conseil des Etats. L'article 63 alinéa 3 et les dispositions transitoires correspondantes du projet de loi sont ainsi séparées de ce même projet. Le reste du projet n'est pas contesté.

Antrag der Kommission

Die Kommission beantragt mit 14 zu 0 Stimmen (bei 5 Enthaltungen), der Aenderung des Strassenverkehrsgesetzes im Rahmen von Swisslex unter Ausklammerung von Artikel 63 Absatz 3 zuzustimmen.

Proposition de la commission

La commission propose par 14 voix sans opposition et avec 5 abstentions d'approuver la modification de la loi sur la circulation routière dans le cadre de Swisslex, à l'exclusion de l'article 63 alinéa 3.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
L'entrée en matière est décidée sans opposition*

Detailberatung – Discussion par articles

Titel und Ingress, Ziff. I–III

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Titre et préambule, ch. I–III

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Entwurfes

72 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

93.116–93.121

Folgeprogramm

nach der Ablehnung des EWR-Abkommens (Swisslex)

Vorlagen über Versicherungsfragen

Programme consécutif au rejet de l'Accord EEE (Swisslex)

Projets concernant des questions d'assurance

Antrag der Kommission

Eintreten

Proposition de la commission

Entrer en matière

Stucky, Berichterstatter: Ich habe Sie bereits bei der Behandlung des Eurolex-Paketes gewarnt, dass es sich um eine trockene Materie handelt – trocken wie ein einjähriger Nussgipfel. Ich kann Ihnen nur sagen: Inzwischen ist der Nussgipfel zweijährig geworden; besser, geniessbarer oder politisch umkämpfter ist er nicht. Sämtliche sechs Erlasse sind denn auch ohne Gegenstimme angenommen worden. Trotzdem möchte ich Ihnen kurz zusammenfassend sagen, worum es sich eigentlich handelt, und zuerst, was die Absicht dieser Aenderung ist.

Die Absicht ist, unser schweizerisches Versicherungsrecht im Privatversicherungsbereich so an das EG-Recht anzupassen, dass damit ein Signal gesetzt wird, ein Signal insbesondere an die EG, mit der Schweiz weitere Versicherungsabkommen abzuschliessen. Aber solche Abkommen hängen davon ab, dass wir Rechte einräumen, wenn wir Gegenrechte eingeräumt erhalten wollen, um auf dem europäischen Versicherungsmarkt gleich behandelt zu werden. Folglich stehen die einzelnen Erlasse unter einem Gegenrechtsvorbehalt. Dieser ist aber so neutral gestaltet, dass nicht nur mit der EG ein Abkommen geschlossen werden könnte, sondern mit weiteren Drittstaaten. Denken Sie etwa an den grossen amerikanischen Versicherungsmarkt. Es wäre also denkbar, dass wir mit den USA z. B. ein solches Versicherungsabkommen, gestützt auf diese Aenderungen, die wir jetzt vornehmen, abschliessen würden.

Wir übernehmen allerdings nur die ersten beiden Richtlinien des EG-Rechtes. Dabei haben wir im Sachversicherungsbereich bereits die erste Richtlinie betreffend die Niederlassungsfreiheit behandelt und ein entsprechendes Abkommen abgeschlossen. Ich erinnere Sie an die Debatte vom März ver-

gangenen Jahres. Es geht also im Sachversicherungsbereich darum, die Dienstleistungsfreiheit gemäss zweiter Richtlinie der EG (ohne Lebensversicherung) einzubauen. Bei der Dienstleistungsfreiheit unterscheidet man die Gross- und Industrierisiken und die Massenrisiken. Wenn Sie die Einzelheiten darüber nachschauen wollen, verweise ich Sie auf die Botschaft zur Eurolex resp. auf die Behandlungen dieser Vorlage hier im Rat.

Wichtig ist es zu wissen, dass bei den Massenrisiken, hauptsächlich im Motorfahrzeughaftpflicht-Bereich, keine Aenderung gegenüber dem heutigen Zustand eintritt. Nach wie vor werden also die Tarife der Motorfahrzeugversicherer dem Bundesamt vorgelegt und sind zu genehmigen. Diese restriktive Regelung soll allerdings nur auf Zeit gelten.

Der Ständerat hat bereits eine entsprechende Motion überwiesen und den Bundesrat eingeladen, den Wettbewerb auch in diesem Bereich der Haftpflicht freizugeben. Es zeigt sich aber, dass sich die Sache technisch nicht ganz so einfach machen lässt, wie es vielleicht zuerst scheint. Ihre Kommission konnte sich in den Hearings davon überzeugen. Es braucht noch etwas Geduld, bis wir auch bei den Motorfahrzeugen Konkurrenz bei den Tarifen haben; die Absicht besteht aber, diese einzuführen.

Damit kann ich mich bereits dem Lebensversicherungsbereich zuwenden, wo wir zwei Richtlinien zu übernehmen haben. Die erste Richtlinie betrifft wiederum die Niederlassungsfreiheit, und in der zweiten Richtlinie geht es um die Dienstleistungsfreiheit. Es geht um Bestimmungen im Aufsichtsrecht, um Bestimmungen bei den Kauttionen, d. h. die Kauttionen werden abgeschafft und statt dessen sind Zahlungen in den Sicherheitsfonds zu leisten, und dergleichen mehr. Ich kann auch hier wiederum auf das im Zusammenhang mit der Eurolex Gesagte verweisen.

Ich komme damit zu einem ganz wesentlichen Punkt, zur eigentlichen Crux dieser Vorlage. Die EG hat inzwischen eine dritte Richtlinie erlassen. Wir wussten das bereits vor einem Jahr, aber diese dritte Richtlinie fiel nicht unter den Acquis communautaire. Sie bringt die volle Dienstleistungsfreiheit. Das würde u. a. heissen, dass das Monopol unserer kantonalen Gebäudeversicherungsanstalten bei der Versicherung von Feuer und Elementarschäden an Immobilien dahinfallen würde. Damit werden die Kantone stark tangiert – es sind neunzehn, die eine solche kantonale Gebäudeversicherung kennen.

In diesem Zusammenhang ist natürlich auch die Subventionierung der Feuerwehren resp. die ganze Organisation der Feuerwehren und die Wasserbereitstellung in Frage gestellt. Deshalb haben sich die Gebäudeversicherungen, aber auch die Kantone, die dahinter stehen, gegen die Aufhebung des Monopols gewandt. Das letzte Wort ist allerdings noch nicht gesprochen.

Aber Sie sehen, dass mit der dritten Richtlinie hier dann doch politische Debatten bevorstehen würden. Diese dritte Richtlinie hat man – wie bereits gesagt – jetzt nicht übernehmen. Es stellt sich also automatisch die Frage: Wie reagiert nun die EG, die von uns ein Signal bekommen soll, dass wir an sich gerne weitere Abkommen schliessen möchten, wenn wir gleichzeitig die dritte Richtlinie nicht übernehmen?

Ist das Signal, das wir aussenden wollen, tatsächlich ein klares Signal? Ich möchte es mit einem Bild sagen: Wahrscheinlich gleicht der Zustand eher einer Strassenampel, die auf gelb geschaltet ist, und niemand weiss recht, ob die nächste Phase grün oder rot ist, und erst recht nicht, wann umgeschaltet wird. Hier hinken wir also dem EG-Recht hinterher.

Das heisst nun nicht, dass unsere Bemühungen, unser Schweizer Recht anzupassen, völlig umsonst sind. Ich habe zu Beginn gesagt: Wir machen die Revision auch im Hinblick auf mögliche weitere Gegenrechtsabkommen mit Drittstaaten, die nicht der EG angehören.

Zum Schluss will ich noch die Aenderungen aufzählen, bei denen von der ursprünglichen Eurolex-Vorlage abgewichen wurde: Es handelt sich generell um zahlreiche Formulierungen, die die Anpassung an das EWR-Abkommen, an den Acquis communautaire, nicht mehr enthalten, namentlich beim Gegenrecht. Dann fällt die vereinfachte Aufsicht im Versiche-

rungsvertragsgesetz dahin. Zwei Versicherungsgesellschaften unterstehen heute immer noch dieser traditionellen vereinfachten Aufsicht. Sie soll gestrichen werden.

Eine weitere Aenderung steht im Versicherungsaufsichtsgesetz an: Wenn eine Versicherung ihren Bestand auf eine andere Versicherung überträgt, muss die neue Versicherung, die den Bestand übernimmt, die Versicherungsnehmer individuell informieren, die dann kündigen können. Das haben wir bei der Verhandlung über die Eurolex in diesem Rat beschlossen; die Formulierung ist im Nationalrat entstanden, der Bundesrat hat sie übernommen und in die Swisslex-Vorlage eingebaut.

Die dritte Aenderung bezieht sich auf das Lebensversicherungsgesetz. Dort sind in zahlreichen Bestimmungen das Mindestkapital, die Solvabilitätsspanne, die Einlagen in den Garantiefonds und die Einlage in den Organisationsfonds angepasst worden. Die Einzelheiten brauchen nicht zu interessieren. Diese Anpassungen sind erfolgt, um Lebens- und Schadenversicherungen gleich zu regeln, denn in der Schadenversicherung haben wir die entsprechenden Vorschriften bereits.

M. Theubet, rapporteur: La Commission de l'économie et des redevances a réservé un accueil favorable au paquet «assurances privées», six projets en tout, repris d'Eurolex et inclus dans le programme Swisslex qui doit rendre le droit suisse européen compatible dans ce domaine comme dans les autres.

Rappelons tout d'abord qu'il s'agit de reprendre les textes approuvés par les Chambres fédérales en votation finale, le 9 octobre 1992. Ces textes n'ont subi aucune modification matérielle, mais ont été simplement adaptés pour des raisons tenant soit à la technique législative soit à la rédaction. Mais les modifications que comportaient déjà ces lois sont nécessaires dans la perspective d'une revitalisation de notre économie et d'une possible participation de la Suisse au processus d'intégration européenne.

Précisons ensuite que, pour les six projets en question, une reprise rapide paraît possible et souhaitable, à condition qu'ils contiennent une clause de réciprocité. Autrement dit, on doit prévoir ici la possibilité de faire dépendre leur application, totalement ou partiellement, de l'octroi d'un même droit pour les autres pays concernés. Ultérieurement, la législation suisse en matière d'assurances doit pouvoir être adaptée au droit communautaire, dans l'éventualité de la conclusion d'un nouvel accord avec la Communauté européenne ou de l'extension de l'accord existant. On donnerait ainsi un signal en faveur du développement des relations avec la Communauté sur le plan du droit international.

Dans ces conditions, la Suisse pourrait à l'avenir s'engager de façon crédible pour un accord sur les services contenant le moins d'exceptions possible au principe, vital pour nous, de la clause de la nation la plus favorisée. En conséquence, une application rigoureuse de ce principe est considérée comme l'un des principaux objectifs de négociation de la Suisse dans le cadre du futur Gats, c'est-à-dire l'accord de l'Uruguay Round sur les services.

Venons-en aux projets eux-mêmes. La modification de la loi fédérale sur le contrat d'assurance n'a fait l'objet d'aucune remarque de la part de la commission. Il n'en a pas été de même en ce qui concerne la loi fédérale sur la surveillance des institutions d'assurance privée, étant donné que le projet renonce à exiger un droit de réciprocité pour trois dispositions. Il s'agit des mesures suivantes: suppression de la surveillance simplifiée dans l'assurance sur la vie; suppression du tarif uniforme pour les grands risques dans l'assurance-responsabilité civile pour véhicules automobiles et admission d'un droit de résiliation du preneur d'assurance en cas de transfert de portefeuille à une autre société.

C'est le deuxième point, abandon du monopole pour les grands risques, qui a suscité le plus de discussions en raison des distorsions de concurrence qui pourraient en résulter entre les petites et les grandes entreprises, et du fait que la libéralisation ne s'étende pas aux risques de masse. Une proposition dans le sens d'une libéralisation complète, soit une concurrence accrue, a finalement été retirée au profit de la motion du Conseil des Etats sur laquelle vous aurez à vous prononcer tout à l'heure et que la commission a acceptée à l'una-

nimité. Cette motion demande une révision aussi rapide que possible du contrôle des tarifs de l'assurance responsabilité civile pour véhicules automobiles, et cela indépendamment d'une révision plus générale de la loi fédérale sur la surveillance des institutions d'assurance privée.

Les quatre autres textes, soit la loi fédérale sur les cautionnements des sociétés d'assurances étrangères, la loi fédérale sur la garantie des obligations assumées par les sociétés suisses d'assurances sur la vie, la loi fédérale sur l'assurance directe sur la vie et la loi sur l'assurance dommages n'ont donné lieu à aucun commentaire.

En revanche, un assez long débat s'est tenu au sujet de l'opportunité de reprendre, dans le droit suisse, les troisièmes directives des Communautés européennes en matière d'assurances. Il est ressorti des auditions que nous avons eues et des délibérations du Conseil des Etats que la reprise des deuxièmes directives ne suffira certainement pas à aboutir à la conclusion de traités bilatéraux assurant la réciprocité. Comme la Communauté est en train de mettre en place ses troisièmes directives, ne conviendrait-il pas de prendre, maintenant déjà, des dispositions pour permettre l'établissement d'accords de réciprocité? Toutefois, il faut préalablement s'enquérir des conséquences que cela pourrait avoir sur la problématique des risques de masse et surtout sur le monopole existant dans dix-neuf cantons en matière d'assurance-incendie. La Suisse réussira-t-elle à faire exclure les établissements de droit public cantonaux d'assurances immobilières du champ d'application de futurs traités, comme elle l'avait fait avec l'Accord sur l'Espace économique européen? Rien n'est moins sûr. C'est pourquoi, afin d'éclaircir certains points, dont les incidences financières pour les cantons, il apparaît judicieux de traiter cette affaire selon la procédure ordinaire, voire de lancer une procédure de consultation.

De préférence à une motion, la commission a opté à l'unanimité pour une proposition visant à demander un rapport au Conseil fédéral sur la situation actuelle dans le domaine du monopole concernant l'assurance-incendie, sur la justification de primes ou de tarifs différenciés, ainsi que sur les effets d'une suppression de ce monopole.

Enfin, nous vous rappelons que le paquet «assurances privées» a été adopté par le Conseil des Etats le 27 avril dernier, pratiquement sans aucune modification. Les six projets ont été acceptés à l'unanimité par notre commission, les voix favorables variant entre 16 et 18. Au nom de celle-ci, nous vous invitons à suivre ses préavis.

Bundesrat Koller: Ich bin Ihnen dankbar, dass Sie nun doch bereit sind, diese verschiedenen Versicherungsvorlagen im Rahmen von Swisslex zu verabschieden. Zwar werden die meisten der Neuerungen im Rahmen von Swisslex nur dann zum Tragen kommen, wenn es uns gelingt, mit ausländischen Staaten, also mit EG- und EWR-Staaten, aber auch mit Drittstaaten, völkerrechtliche Abkommen über die Gewährung von Gegenrecht auszuhandeln. Wir erreichen damit aber auch in bezug auf die Uruguay-Runde des Gatt ein wichtiges Ergebnis, denn mit diesen Bestimmungen werden wir diese Gesetze auch Gatt-konform gemacht haben. Es spricht nämlich alles dafür, dass wir im Rahmen des Gatt-Dienstleistungsabkommens eine Meistbegünstigung gegenüber allen Vertragsstaaten gewähren müssten, nicht nur gegenüber den EG- und EWR-Staaten, sondern gegenüber allen Gatt-Staaten, und diese Bedingung werden wir mit diesen Swisslex-Vorlagen erfüllt haben.

Wie rasch wir zu solchen Abkommen kommen werden, wird die Zukunft zeigen. Aber wir wollen hiermit ein Zeichen setzen für EG-, EWR- und andere Staaten, beispielsweise die USA und Kanada, dass wir bereit sind, die volle Dienstleistungsfreiheit in der Versicherungswirtschaft dann einzuführen, wenn diese Staaten auch bereit sind, unseren Versicherungsunternehmen die volle Dienstleistungsfreiheit zu gewähren.

Diese Swisslex-Vorlagen bringen, unabhängig von diesem Reziprozitätsvorbehalt, einen wichtigen Beitrag zur Erneuerung der Wirtschaft, zu mehr Wettbewerb, namentlich bei den sogenannten Grossrisiken, in der Motorfahrzeug-Haftpflichtversicherung. Hier wurde seit langem zu Recht kritisiert, dass

es bei diesen Grossrisiken im Unterschied zu den Massenrisiken nicht zum nötigen Preiswettbewerb gekommen ist. Diese Massnahme ist an keinerlei Gegenrechtsvorbehalt gebunden, sondern wird mit dem Inkrafttreten der einschlägigen Gesetze unilateral Platz greifen. Unilateral Platz greifen wird auch das dem Versicherungsnehmer eingeräumte Kündigungsrecht beim Übergang einer Versicherung von einem Versicherungsgeber auf den andern. Auch das ist eine Besserstellung der Konsumenten, die schon lange erwünscht ist.

Noch einige Bemerkungen zum Problem, warum wir nicht gleich die dritte Richtliniengeneration mit in diese Swisslex-Vorlagen einbezogen und realisiert haben:

Zunächst muss ich sagen, dass wir solches bei keiner Swisslex-Vorlage getan haben, alle Swisslex-Vorlagen beruhen auf dem EWR-Acquis vom letzten Sommer. Das ist für alle EWR-Staaten nach wie vor der massgebliche Acquis. Wir hätten hier sogar eine Ausnahme begründet, wenn wir eine solche Pipeline-Richtlinie vorweg realisiert hätten.

Kommt dazu, dass uns diese dritte Richtliniengeneration im Bereich der Brandversicherungsmonopole, die in 19 Kantonen nach wie vor gelten, grosse politische und rechtliche Probleme geschaffen hätte. Es gibt Leute, die sogar sagen, dass wir diese Brandversicherungsmonopole nicht ohne eine Verfassungsänderung abschaffen können. Wir werden also die Aufhebung dieser kantonalen Brandversicherungsmonopole zunächst juristisch sehr sorgfältig analysieren müssen; dann werden wir hier noch einige Uebeerzeugungsarbeit zu leisten haben, bis wir diesen nächsten Schritt miteinander realisieren können. Der Bundesrat ist aber bereit, das an die Hand zu nehmen.

Wir werden bei der nächsten Vorlage ein weiteres Beispiel haben: Auch bei der Produktesicherheit gibt es einen solchen Pipeline-Acquis, und auch dort halten wir uns an den EWR-Acquis vom letzten Sommer und nehmen den Pipeline-Acquis nicht in diese Vorlagen auf. Es ist also insofern nichts als konsequent.

Im übrigen bin ich aber überzeugt, dass wir mit diesen Vorlagen im Bereich der dritten Richtliniengeneration doch einen grossen Schritt vorwärts tun werden, wird neben der Aufhebung der kantonalen Monopole nämlich nur noch die Liberalisierung des sogenannten «Massengeschäfts» im Rahmen der Motorfahrzeug-Haftpflichtversicherung zu realisieren sein. Aufgrund einer entsprechenden Motion hat der Bundesrat erklärt, dass er das Ganze unabhängig von der Entwicklung des EWR-Rechtes sowieso in eine nächste SVG-Revision einbringen wird.

In diesem Sinne bitte ich Sie, auf die Vorlagen einzutreten.

93.116

**Folgeprogramm
nach der Ablehnung des EWR-Abkommens
(Swisslex)
Bundesgesetz
über den Versicherungsvertrag.
Aenderung
Programme consécutif
au rejet de l'Accord EEE
(Swisslex)
Loi fédérale sur le contrat d'assurance.
Modification**

Botschaft und Gesetzentwurf vom 24. Februar 1993 (BBI I 805)
Message et projet de loi du 24 février 1993 (FF I 757)

Beschluss des Ständerates vom 27. April 1993
Décision du Conseil des Etats du 27 avril 1993

Kategorie IV, Art. 68 GRN – Catégorie IV, art. 68 RCN

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
L'entrée en matière est décidée sans opposition*

Folgeprogramm nach der Ablehnung des EWR-Abkommens (Swisslex) Vorlagen über Versicherungsfragen

Programme consécutif au rejet de l'Accord EEE (Swisslex) Projets concernant des questions d'assurance

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1993
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	04
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	93.116
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	03.06.1993 - 15:00
Date	
Data	
Seite	958-960
Page	
Pagina	
Ref. No	20 022 759

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.